

Moskau: „Die Partei ist tot“

In einer „aggressiven Atmosphäre des Hasses“ stehen sich auf dem 28. Parteitag der KPdSU Konservative und Radikalreformer gegenüber. Die Apparatschiks sind

stark, doch für die Vorkämpfer der Perestroika gab es einen Lichtblick: In ihren Hochburgen Moskau und Leningrad hat sich die Versorgung leicht gebessert.

Niemals seit den dramatischen Tagen ihrer Machtergreifung vor 73 Jahren und dem Kronstädter Aufstand 1921 mußten sich sowjetische Kommunisten mehr um die Erhaltung ihrer Partei sorgen, nie stärker den völligen Vertrauensentzug durchs Volk fürchten als während ihres gegenwärtigen Parteitages.

Binnen fünf Jahren, in denen Reformator Michail Gorbatschow einen großen Teil jener ideologischen Scheuklappen ablegte, mit denen sich die herrschende Kaste bis dahin vor der deprimierenden Wirklichkeit und den Folgen ihres politischen Versagens abgeschottet hatte, verwandelte sich die Sowjetunion in ein kaum noch beherrschbares Experimentierfeld.

Zahllose Widersprüche, oft seit Jahrzehnten ungelöst, aber schlichtweg geleugnet, drängen sich angsteinflößend ins Bewußtsein der Bevölkerung: Zwei Drittel der Bürger bangen nach jüngsten Umfrage-Ergebnissen um ihre persönliche Zukunft und beurteilen die Gegenwart als „schwerste Krise“, an die sie sich zu erinnern vermögen.

Die Partei aber, bis vor kurzem noch eine gewaltige Machtbastion, die über Leben und Tod, ideologische Heiligung oder Verdammnis eines jeden entschied, ähnelte plötzlich einer der frischen Luft ausgesetzten Moorleiche: Sie verfiel mit jedem Tag mehr, soziale und politische Verwesung stellten sich ein.

Auf ihrem Weg zum Kreml mußten sich viele der 4657 anwesenden Delegierten des 28. KPdSU-Parteitages einen Weg durch Demonstranten bahnen, die „Schande“ riefen und: „Die Partei

ist tot.“ Die Miliz hielt die Bürger auf Distanz, aber sie verhaftete nicht.

Daß Aufbegehren sinnvoller sein kann als die sterile Ordnung der Vergangenheit und aus Wahrheitssuche etwas Besseres hervorgehen könnte, ist noch nicht weit verbreitet im Sowjetreich.

Quälende Rückblicke in die Geschichte verschaffen nicht nur Aufklärung – sie mahnen vor allem zur Vor-

gerichtete Frage, um sie anschließend sofort zu beantworten: „Dorthin, wo es notwendig ist.“ Und unter dem Kumpagnei-Gelächter der hauptamtlichen Apparatschiks, die 42 Prozent der Delegierten stellen, fügte der KGB-General amüsiert hinzu: „Und wir sehen vieles.“

„Schlecht geworden“ sei ihm bei diesem „wiehernenden Gebrüll“, bekennt ein liberaler Moskauer Professor, der sich mit seinen Gesinnungsfreunden von der oppositionellen „Demokratischen Plattform“ in einer hoffnungslosen 20-Prozent-Minderheit befindet.

Tags zuvor hatte er noch vor ausländischen Wissenschaftlern doziert, Chruschtschow habe „den Kommunismus retten“ wollen, Gorbatschow dagegen gehe es „um die Rettung des Landes – wenn nötig, auch ohne Kommunismus“. Zwar halte er das nach wie vor für die eigentliche Intention des Reformers an der Spitze, räumte der Gorbatschow-Anhänger ein, „aber mit dieser Partei kann er es nicht mehr durchsetzen“.

Dabei sind die KP-Staatsverweser mancherorts schon genötigt, an „Runden Tischen“ Platz zu nehmen und sich den

Partizipations-Ansprüchen anderer Parteien zu stellen, von den Grünen über die Sozialdemokraten bis zu den Monarchisten – eine atemraubende Entwicklung. Denn noch im Dezember hatte sogar Gorbatschow ein Mehrparteiensystem rigoros ausgeschlossen.

Heute müssen sich zuweilen, so neu-lich im Moskauer Friedenskomitee, altgediente Funktionäre wie Präsidenten-Berater Wadim Sagladin von den Neuen schier Ungeheuerliches sagen lassen:



Präsident Gorbatschow: „Erfüllung leninscher Konzeptionen“

sicht. Am Vorabend des Parteitags sendete das sowjetische Fernsehen erstmals Passagen eines Films über den Mörder des Stalin-Widersachers Leo Trotzki und seine hochrangigen Moskauer Auftraggeber.

„Wohin schaut das KGB?“ zitierte Gorbatschows oberster Geheimdienst-Aufseher Wladimir Krjutschkow vor dem Plenum eine angeblich oft an ihn

Erst einmal an der Macht, teilte dort ein Vertreter der strikt antikommunistischen „Demokraten“ mit, werde man mit „den Kommunisten streng nach dem Gesetz verfahren, also nicht so willkürlich wie Ihr Lenin seinerzeit mit unseren Leuten“, aber „jeder KGB-Mann“ werde wohl „so viele Jahre absitzen müssen, wie er Ihrem Regime gedient hat“.

Unter Intellektuellen im Zentrum wie unter Arbeitern in der Provinz werden unterschiedliche Szenarien für den weiteren Niedergang der KPdSU gehandelt: gewaltsame Vertreibung der KP-Oligarchie aus ihrem Pfründen-Paradies, friedliche Entmachtung nach DDR-Art oder Bestätigung einer gewandelten Partei als stärkste Kraft durch den Wähler, wie in Bulgarien.

In ihrer Sympathie für die bulgarische Variante sind sich Radikal-Reformer und die Partei-Beamten vom konservativen Flügel gerade noch einig. Doch schon der Weg zur Sanierung ist strittig: Die einen, meist jüngeren, rechnen mit rasch wachsender Ungeduld der Massen und raten zu unverzüglicher Buße, mithin Umkehr aus der „kommunistischen Sackgasse“; die anderen, oft älteren, sind allenfalls zu Notreparaturen des Systems bereit und wollen den Konflikt weiter mit Beschwörungen einer „Zukunft im Sinne Lenins“ aussitzen – notfalls mit harter Hand.

Auf dem für zehn Tage terminierten Parteitag, der erst diese Woche zu Ende gehen soll, setzte sich jener Trend fort, der schon im vergangenen Monat auf dem Gründungskongreß der russischen KP massiv spürbar geworden war: Die von Personalabbau, politischer Einflußlosigkeit und sogar Lynch-Angst verunsicherte Partei-Bürokratie will verlorengegangenes Gelände mit Macht zurückgewinnen, die Perestroika-Avantgarde wieder einfangen und erneut auf die Dogmen der Vergangenheit festlegen. „Der Bazillus des Bösen ist tief in die Partei eingedrungen“, rügte der Chef des Kontrollkomitees die Feinde der Reformen.

Eine „aggressive Atmosphäre des Hasses“ verspürte der liberale Leningrader Oberbürgermeister Anatolij Sobtschak gegen sich und seinesgleichen. Nur zwei enge Gorbatschow-Getreue im Politbüro trauten sich angesichts dieses Reizklimas noch, ein klares Bekenntnis zur Reformpolitik abzulegen.

Außenminister Schewardnadse erklärte sich uneingeschränkt „für die Politik Gorbatschows, wie man bei uns und in der Welt sagt, für gesellschaftliche Erneuerung, für den Rechtsstaat und eine vollständige Demokratisierung“. Auf diesem Wege könne sich die Partei, so gab der Minister aus Georgien zu verstehen, leicht als Hindernis erweisen: Er jedenfalls sei bereit, für deren Führungsgarnitur „nicht mehr zu kandidie-



Anhänger Schewardnadse
„Wir haben richtig gehandelt“



Vordenker Jakowlew
„Veränderungen unvermeidlich“

ren“; ein Minister müsse „nicht unbedingt auch im Politbüro arbeiten“.

Beinahe trotzig offenbarte er der grimmig schweigenden Genossenschaft: „Ja, im Prinzip haben wir die Ereignisse in Osteuropa vorhergesehen, haben ihre Unvermeidbarkeit gefühlt.“

Die engere Führung um Gorbatschow habe „gespürt, daß es ohne ernsthafte Veränderungen und Reformen zu tragischen Ereignissen kommen“ werde. Aber, so Schewardnadse, „ausgehend von den Prinzipien neuen politischen Denkens konnten wir uns nicht in fremde Angelegenheiten einmischen, in Angelegenheiten anderer Staaten. Ich denke, wir haben richtig gehandelt“.

Noch entschiedener fiel der Rechenschaftsbericht von Alexander Jakowlew aus. Der intellektuelle Prinzipal der Pe-

restroika und Gorbatschow-Vordenker begehrte für sich selbst zwar nie einen anderen Platz als den im Schatten des Chefs, gilt jedoch gerade deshalb den „Dogmatows“ (Parteijargon) als der eigentliche Parteiverderber – und je nach den persönlichen Obsessionen seiner Gegner wahlweise als Zionist, Freimaurer, CIA-Agent oder alles zugleich.

„Ohne eine vollständige Erneuerung“, redete der Historiker den Provinz-Funktionären ins Gewissen, die sich stets als die Arbeiterklasse ausgeben, „gibt es weder für das Land noch für die Partei irgendeine Zukunft.“ Die KPdSU sei von einer „Partei revolutionärer Ideen“ zur Machterhaltungs-Partei verkommen. Ihr Konservatismus habe sie zu einer „Gefangenen des Systems“ gemacht. Deshalb seien „drastische Veränderungen unvermeidlich“, und die Entwicklung werde „weitergehen – mit der Partei oder ohne sie“.

Und dann beschrieb Jakowlew ausführlich seine Tätigkeit als Vorsitzender einer Kommission zur Rehabilitierung von Stalin-Opfern – so, als sei diese Trauerarbeit die einzige, die wirklich zähle in seinem Leben.

Unverkennbar war bei Jakowlew Resignation zu spüren: Die Reformen kämen „um Jahrzehnte zu spät“, für ihn werde das wohl „der letzte Parteitag sein“, teilte er den Delegierten mit. Damit blieb unklar, ob die Konservativen mehr aus Erleichterung über diese schöne Aussicht applaudierten oder weil sie die Anklage des kriegsinvaliden Intellektuellen doch berührt hatte.

Wenn Jakowlew Parteichef würde, bekannte später tief beeindruckt der Leningrader Reform-Kommunist Sobtschak, dessen eigene Popularität jüngst noch die Gorbatschows überstieg, würde er „für diese Partei gern das letzte hergeben“. Wahrscheinlicher freilich erschien ihm, daß er nach dem Parteitag die KPdSU samt seinen Freunden von der „Demokratischen Plattform“ verlassen wird; für die Jakowlew-Anhänger seien „die Chancen sehr, sehr gering“.

Vorige Woche verfiel der Zentrist an der Spitze wieder einmal in seine Lieblingshaltung, den „Spagat zwischen den Flügeln“, wie ein Arbeiter-Delegierter aus Swerdlowsk spöttisch bemerkte: „Eine Position, in der es ihn schon bald zerreißen wird.“

Gorbatschow verteidigte zwar in einer über zwei Stunden langen Rede seine Reformpolitik als notwendig und im wesentlichen erfolgreich: Wer sie wie die Parteirechte „für alle gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich“ mache, rede „Unsinn“ und sei „entweder nicht willens oder aber unfähig, die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen“.

Zugleich jedoch sah er sich zusammen mit der mauernden Mehrheit weiter auf „der Straße zum Sozialismus“, freilich

einem „humanen und demokratischen“, versprach die „Erfüllung leninscher Konzeptionen“ und beschwor die „kommunistische Perspektive“ ebenso brav wie die Avantgarde-Rolle seiner KP.

Das Zaudern des Perestroika-Superstars, den Honeckers, Schiwkoffs und Ceausescus in der eigenen Partei endlich auch die Vertrauensfrage zu stellen, ist indessen verständlich – und historisch begründet:

Anders als in den brüderlich stalinisierten Ländern Osteuropas hat die Sowjetpartei 1917 immerhin ihre eigene Revolution gemacht. Und anders als dort ist sie seither ein Stück Volkstradition geworden, einschließlich sogar der Alltagsplagen wie Schlangen, Schluderkarbeit und Schnapsleichen. All das ist nicht einfach fortzuwischen; es lebt – wie die Partei – durch Gewöhnung.

Das wissen all die Amtswalter der Partei, die dank kommunistischer Kameraderie auf ihren Posten sitzen. Und am besten weiß es ihr hochrangiger Patron Jegor Ligatschow, Gorbatschows konservativer Antipode im Politbüro, für den – anders als für Jakowlew – eine Reform an der Partei vorbei nicht einmal vorstellbar ist.

Alle Rückwärtsgerichteten können sich darauf berufen, daß die halbherzige Liberalisierung dem Land wirtschaftliches Chaos beschert hat. Aber sie ahnen wohl, daß die Reform-Bilanz sich dort rasch verbessern könnte, wo die Bremser allesamt verjagt wurden: In Moskau und Leningrad sind radikal-demokratische Stadtrats-Mehrheiten dabei, Gewerbe, Gebäude, Grund und Boden zu privatisieren, und finden dafür Zustimmung.

Denn die Versorgung hat sich in beiden Städten erstmals leicht gebessert. Die neue Leningrader Administration hatte gleich zu Anfang beschlossen, jeden Beamten erbarmungslos zu feuern, der wie bislang Anordnungen aus der örtlichen Parteizentrale entgegennimmt oder gar ausführt.

Das von Gorbatschow gern gebrauchte Argument, die Partei habe Reife bewiesen und verdiene deshalb Vertrauen, weil sie die Perestroika einleitete, hat der Volksmund gerade vom Kopf auf die Füße gestellt: „Der Erfinder der Perestroika heißt Andrej Sacharow“, skandierten in der vergangenen Woche Demonstranten vor dem Kreml, und: „Wer in eine Sackgasse geführt hat, marschiert auf dem Rückweg ganz hinten.“

Nach einer Moskauer Blitzumfrage während der ersten Hälfte des Parteitags unterstützen neun von zehn Hauptstädtern den strikt parlamentarischen Kurs der „Demokratischen Plattform“ innerhalb der KPdSU und rechnen entweder mit einem sofortigen Auseinanderbrechen der Partei oder mit baldiger Fraktionierung.

Angeichts dieser Gefahr spielte Zentrist Gorbatschow auf Zeit. Ende vergangener Woche erbat er für seine Reformen eine letzte Frist: „Die jetzige Führung muß abtreten, wenn es in zwei Jahren keine Veränderungen gegeben hat.“

Eine Kraftprobe auf dem Parteitag würden die Konservativen mit ihrer Vierfünftelmehrheit mühelos gewinnen. Dennoch scheuten sie noch davor zurück. Ligatschow, der vor drei Wochen die Personalunion zwischen Generalsekretär und Präsident beseitigt sehen wollte, warb inzwischen energisch für die Bestätigung Gorbatschows in der Doppelfunktion – und verlor dadurch bei Hardlinern selber an Reputation.

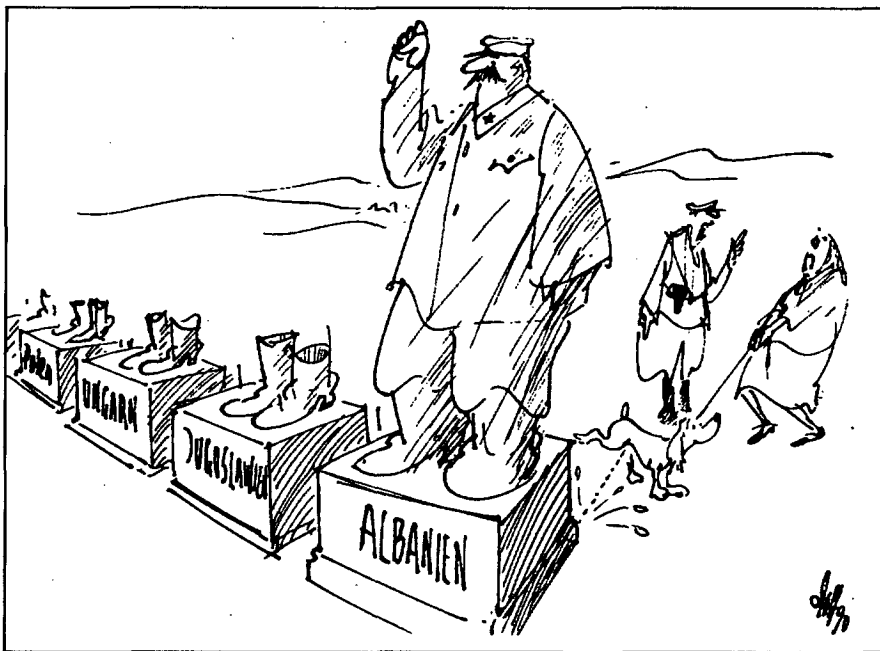
Den fliegenden Kurswechsel erklärt ein Ligatschow-Gefolgsmann so: „Erstens darf Michail Sergejewitsch nicht zur Beute der anderen werden, und

Albanien

Andere Lösung

Tausende stürmten die ausländischen Botschaften in Tirana, um ihre Ausreise aus dem letzten stalinistischen Land zu erzwingen.

Die meisten kamen in der Nacht zum vorigen Freitag, sie kletterten über Mauern und Zäune, brachten ihre Frauen und Kinder mit und wollten, so einer von ihnen, „nur raus aus dem Dunghaufen des roten Vampirs und so schnell wie möglich in den Westen“.



Neue Osnabrücker Zeitung

„Genossin, genauso hat das bei den anderen auch angefangen!“

zweitens hängen an ihm die westlichen Kredite, ohne die auch wir die Wirtschaft nicht sanieren können.“

Signalgeber für einen Bruch von links dürfte Boris Jelzin sein, der den Parteitag als „letzte Chance“ bezeichnet hat, um glaubhaft demokratische Konturen zu gewinnen. Werde sie vertan, könne er nicht länger Mitglied bleiben.

Dabei wissen Jelzins Anhänger, daß sie mit ihrem Exodus auch eine Spaltung Rußlands riskieren. Denn ihre Machtbasis liegt eindeutig in wenigen Großstädten. Als sie jedoch vergangenen Dienstag in dem Industriezentrum Tscheljabinsk zur Gründungsversammlung baten, erschienen 50 Kommunisten – von denen sich nur fünf als Anhänger einer Radikalreform registrieren lassen mochten.

Fast 2000 Albaner, die in der vorigen Woche in zwölf diplomatische Vertretungen der albanischen Hauptstadt Tirana flüchteten und um politisches Asyl baten, brachten den kleinsten aller Balkanstaaten weltweit in die Schlagzeilen.

Anders als die Flüchtlingswellen in Budapest, Warschau und Prag im vergangenen Sommer und Herbst suchten sich die regimemüden Albaner nicht nur die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland aus, sondern, ziemlich wahllos, exterritoriale Vertretungen von Ägypten bis Ungarn.

Über 1000 drängten bis Freitag freilich in die kleine westdeutsche Botschaft. Die ersten 84 Männer, Frauen und Kinder waren schon am Dienstag gekommen, von der albanischen Miliz, die das erst vor drei Wochen bezogene